

LIBERIA

## Mit Muttis Hilfe

Im Ausland wird Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf als Friedensnobelpreisträgerin gefeiert, in ihrer Heimat aber ist ihr Ruf ramponiert: Selbst Teile ihrer Einheitspartei wollen die Chefin jetzt loswerden. Um eine Ausein-

setzung zwischen Anhängern und Kritikern zu schlichten, mussten vergangene Woche sogar Uno-Blauhelme eingreifen. Vorgeworfen werden der Präsidentin vor allem Korruption sowie Vetterwirtschaft: Sie hat drei ihrer vier Söhne in

4,3

Milliarden Dollar

aus Liberia liegen auf Schweizer Konten.

Spitzenpositionen bei der Nationalen Ölgesellschaft, der Nationalen Sicherheitsbehörde und der Zentralbank untergebracht. Mindestens ein gutes Dutzend weiterer Familienmitglieder soll sie mit Regierungs- und hohen Verwaltungsposten versorgt haben. Ihr Sohn Robert, Vorsitzender der Ölgesellschaft und Chefberater der Mut-



Johnson-Sirleaf

ter, soll an der Schwelle zum Dollar-Milliardär stehen. Zu Beginn ihrer Präsidentschaft 2006 hatte Johnson-Sirleaf noch versprochen, den „imperialen Stil des Regierens“ im zweitärmsten Land der Welt zu beenden. Davon ist nicht viel geblieben: 4,3 Milliarden Dollar aus Liberia liegen auf Schweizer Konten – damit hat Monrovia mehr Dollar in der Schweiz deponiert als jedes andere afrikanische Land.

Jersey



STEUEROASEN

## Königliche Inseln

Es gibt, jedenfalls in den Augen von Finanzberatern, einen himmelweiten Unterschied zwischen Steuerflucht und Steuervermeidung. Vorwiegend von Letzterem leben die britischen Kanalinseln, und zwar nicht schlecht. Die sogenannten Kronbesitzungen Jersey, Guernsey und kleinere Inseln wie Alderney, Herm oder Sark unterstehen zwar direkt der Königin, sind aber kein Teil des Vereinigten Königreichs und gehören nicht einmal zur Europäischen Union. Sie genießen Autonomie im Steuerrecht und einen Ruf als Steuerparadiese. Doch bilaterale Verträge mit Staaten, die sich nicht damit abfinden wollen, dass das Steuerrecht dieser Inseln die eigenen Einnahmen schmälert, haben

den Bewegungsraum der ortsansässigen Banken eingeschränkt. Als kürzlich auch noch Großbritanniens konservative Regierung, die bislang die Inselgesetze stillschweigend geduldet hatte, sie als „moralisch abstoßend“ bezeichnete, kam die Antwort prompt. Sir Philip Bailhache, stellvertretender Regierungschef der Vogtei Jersey

(98 000 Bürger), warnte im Londoner „Guardian“, Jersey werde die Unabhängigkeit anstreben, falls das im Interesse der Insel läge. Schon seit einiger Zeit versuchen die Inseln, weniger abhängig von Geldströmen aus Europa zu werden, die ohnehin nur die Steuerbegehrlichkeit der EU-Länder wecken. Die Vermögen reicher Golf-Araber sollen die Lücke schließen.

